

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Paustian-Döscher, René Gögge, Rosa Domm, Johannes Alexander Müller, Maryam Blumenthal, Eva Botzenhart, Olaf Duge, Mareike Engels, Alske Freter, Linus Görg, Michael Gwosdz, Jennifer Jasberg, Lisa Kern, Sonja Lattwesen, Dominik Lorenzen, Zohra Mojadeddi, Christa Möller-Metzger, Andrea Nunne, Lisa Maria Otte, Dr. Miriam Putz, Ulrike Sparr, Lena Zagst (GRÜNE) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Markus Schreiber, Alexander Mohrenberg, Cem Berk, Clarissa Herbst, Sabine Jansen, Dirk Kienscherf, Simon Kuchinke, Gulfam Malik, Baris Önes, Dr. Mathias Petersen, Marc Schemmel, Dr. Tim Stoberock, Philine Sturzenbecher, Michael Weinreich, Güngör Yilmaz (SPD) und Fraktion**

**zu Drs. 22/13348**

### **Betr.: Vollbelegung öffentlicher Dächer mit Fotovoltaik-Anlagen**

Angeschoben durch das Bürgerschaftliche Ersuchen „Fotovoltaik auf öffentlichen Dächern nutzen“ (Drs. 22/5757) übernimmt Hamburg Energie Solar (HE Solar) seit 2022 als Inhouse-Vergabe-fähige Gesellschaft die zentrale Koordinierung des Ausbaus von Fotovoltaik auf öffentlichen Dächern. Dafür wurde ein Ausbauplan mit definierten Zielen und schnellem Aufbau entwickelt. Von Planung über Bau bis hin zum Betrieb wird alles von HE Solar übernommen. Somit können kosteneffizient und investitionskostenneutral für die Gebäudeträger Fotovoltaik-Anlagen installiert und betrieben werden. Insbesondere Schulbau Hamburg und die Sprinkenhof GmbH befinden sich in sehr guter Zusammenarbeit mit HE Solar und übernehmen operative Aufgaben. Aktuell sind so schon 53 Projekte in Planung, Bau oder Betrieb und bis 2025 können Anlagen mit einer Stromerzeugungskapazität von 15 Megawatt (MW) realisiert werden.

Die Fotovoltaik-Anlagen liefern den Strom hauptsächlich für die Nutzung in den Gebäuden. Der Reststrom wird in das allgemeine Stromnetz eingespeist und vermarktet. Aufgrund von Abgaben und Steuern ist der selbstverbrauchte Strom deutlich günstiger als eingespeister Strom. Dadurch kann es wirtschaftlicher sein, nur einen Teil des Daches mit Fotovoltaik auszustatten und so lediglich die im Gebäude benötigte Menge an Strom zu produzieren, als das gesamte Dach zu belegen. Um die Klimaziele zu erreichen, muss aber so viel erneuerbarer Strom wie möglich erzeugt werden. Der reale Aufwand für Planung und Bau der Anlagen ist ebenfalls nicht proportional größer bei einer Vollbelegung als bei der Teilbelegung. Die öffentlichen Unternehmen und Behörden sollten in diesem Fall nicht Kosten-Nutzen-maximierend vorgehen, sondern den gesellschaftlichen Nutzen miteinbeziehen. Bei knappen Handwerkskapazitäten und hohem Strombedarf sollte immer die gesamte technisch nutzbare Dachfläche der öffentlichen Gebäude für Fotovoltaik genutzt werden. Die dafür benötigten Mittel sollen durch den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg bereitgestellt werden.

Des Weiteren ist es notwendig, den Enthusiasmus bei den öffentlichen Unternehmen in voller Breite zu wecken. Die starke Eigeninitiative bei der Sprinkenhof GmbH, Schulbau Hamburg und auch Bäderland hat viele Projekte in kurzer Zeit ermöglicht. Im Rahmen der Stadtwirtschaftsstrategie und der geplanten Solarstrategie sollen auch die anderen öffentlichen Unternehmen stärkere Anreize erhalten, Fotovoltaik-Anlagen zu installieren.

Schlussendlich muss die HE Solar gestärkt werden, um die angestrebte Leistung zu installieren.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. in der aktuellen Hochlaufphase des Fotovoltaik-Ausbaus für die Jahre 2024 und 2025 die erforderlichen zusätzlichen Mittel von bis zu 2,5 Millionen Euro für Fotovoltaik-Projekte auf öffentlichen Gebäuden von Schulbau Hamburg, Gebäudemanagement Hamburg beziehungsweise der Sprinkenhof GmbH so bereitzustellen, dass bei geeigneten Projekten auch eine Fotovoltaik-Vollbelegung realisiert werden kann.
2. die Stärkung von Hamburg Energie Solar zu fördern, um mindestens 10 Megawatt Peak (MWp) in 2025 und einen steigenden Zubau in den folgenden Jahren umsetzen zu können.
3. im Rahmen der Stadtwirtschaftsstrategie und der geplanten Solarstrategie dafür zu sorgen, dass alle öffentlichen Unternehmen das Thema Fotovoltaik als Priorität verstehen und entsprechend behandeln.